



**Polen.** Seit der letzten Lohnerhöhung für die Stadt Posen vom August 1926 ist es dem polnischen Buchdrucker-Verband als der führenden Organisation nicht möglich gewesen, trotz aller Bemühungen entweder eine Lohn-erhöhung durchzusetzen oder zu Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband zu gelangen. Die Lebenshaltungskosten stiegen in dem gleichen Zeitraum fast ununterbrochen, langsam, aber sicher. In demselben Maße stieg auch die Unzufriedenheit der Gehilfen, zumal die tariflichen Löhne für Posen im Vergleich zu den in den andern Landesteilen gezahlten teilweise schon die niedrigsten sind. Als der polnische Vorstand vom Gehilfenverband auf ein abermächtigtes Schreiben an den Arbeitgeberverband im Buchdruckergewerbe wiederum keine Antwort bekam, briefte er für den 17. Mai eine allgemeine Buchdruckerversammlung ein, die sich mit der Lohnfrage beschäftigen sollte. Inzwischen hatte der Arbeitgeberverband am 12. Mai eine Sitzung abgehalten, in der eine zehnprozentige Lohnerhöhung für die Gehilfen und eine fünfprozentige für das Hilfspersonal beschlossen wurde, und zwar vom 16. Mai 1927 ab. Die starkbesuchte allgemeine Buchdruckerversammlung verließ ruhig und sachlich. Nach einem interessanten Referat des Kollegen Plehocki (Sekretär des polnischen Gehilfenverbandes) über „Die gegenwärtige Lage des graphischen Gewerbes in Westpolen“ und einer längeren Diskussion wurde folgende Resolution einstimmig gefasst. Ohne Widerspruch angenommen (die anwesenden „Selben“ enthielten sich der Abstimmung): „Die Arbeitnehmer im graphischen Gewerbe in Posen unterbreiten dem Arbeitgeberverband im graphischen Gewerbe folgende Punkte: Wir nehmen die vom Verband der graphischen Anstalten beschlossene Lohnerhöhung von 10 Proz. an und stellen gleichzeitig fest, daß trotz dieser Lohnaufbesserung unsere Löhne kaum 70 Proz. ihres realen Wertes betragen; infolge der dauernd steigenden Teuerung stellen unsere Löhne einen mit jedem Tag sich vermindern Wert dar; wir bedauern die wenig glücklich gewählte Art der Lohnregulierung für das Hilfspersonal, das bereits zum zweiten Male bei der Festsetzung der Höhe des Lohnes zurückgekehrt worden ist; wir stellen fest, daß auf dem Gebiete Westpolens noch weiterhin verschiedene Druckereien bestehen, die eine den Vorschriften der Gewerbestatuten nicht entsprechende, vielmehr über große Anzahl Lehrlinge beschäftigen. Die Lehrlinge arbeiten oft ohne Aufsicht der zur Ausbildung berechtigten Personen. Infolgedessen stellt die Vermahlung fest: 1. die Notwendigkeit einer Lohnerhöhung für die Arbeitnehmer im graphischen Gewerbe bis zu der Höhe, die den heutigen Lebenshaltungskosten entspricht, d. h. um etwa 25 Proz.; 2. die Notwendigkeit, bei der Lohnregulierung einen Teuerungszusatz anzuwenden, sofern er in Plus oder Minus 2 Proz. aufweist. Sollten die einzelnen Teuerungszusätze mehrerer aufeinanderfolgender Monate weniger als 2 Proz. aufweisen, so sind sie zusammenzusetzen und, mit dem Moment, da die Summe 2 Proz. ausmacht, entsprechend anzuwenden; 3. die Notwendigkeit, die dem Hilfspersonal zugewiesene Ungerechtigkeit wieder gutzumachen und bei der Lohnregulierung für alle Arbeitnehmer im graphischen Gewerbe gleiches Maß anzuwenden; 4. daß der Verband graphischer Anstalten gegen alle Druckereien vorgehen soll, die eine zu große Anzahl von Lehrlingen beschäftigen bzw. Lehrlinge ausbilden, ohne das Recht dazu zu besitzen; 5. daß für die Entwicklung des Druckergewerbes in Westpolen und zwecks Beseitigung aller bestehenden Mängel es unerlässlich ist, alle ins einzelne gehende Arbeits- und Lohnbedingungen festzusetzen. Zu diesem Zwecke bitten wir den Verband graphischer Anstalten um seine Zustimmung zur Einleitung von Verhandlungen in dieser Richtung.“ Diese Resolution wurde am 20. Mai mit den Unterschriften des polnischen und deutschen Gehilfenverbandes an den Verband graphischer Anstalten abgehandelt. Damit hatte der Verband deutscher Buchdrucker in der Republik Polen wiederum in altgewohnter Weise seine Solidarität bekundet.

**Holland.** Aus dem kürzlich erschienenen Jahresbericht des holländischen Verbandes geht hervor, daß im Vorjahr keine großen Bewegungen stattfanden. In einer Anzahl kleinerer Konflikte aber wurde der Verband auf den Plan gerufen, wo es galt, die Tarifbestimmungen aufrechtzuerhalten und seine Mitglieder gegen ungerechtfertigtes Verhalten von Seiten der Prinzipale zu schützen. In diesen Aktionen geringfügiger Natur erlitt man aber gerade den Wert der Tarifgemeinschaft für die Rechtslage der Gehilfenschaft. Es ist klar, und die Tatsachen liefern dafür den Beweis, daß ein lockeres Verhältnis zwischen Gehilfenschaft und Prinzipalität einen Zustand herbeizuführen würde, in dem die Position der ersteren bedeutend schwächer wäre. Demgegenüber stehen aber wieder die unliebsamen Konsequenzen, mit denen der Verband zu rechnen hat bei Streitigkeiten, die aus der Nichtbeachtung des Preistarifs oder aus dem Austritt aus der Prinzipalsorganisation entstehen. Denn die Tarifgemeinschaft fordert hier, daß auch der Gehilfenverband seine zwingende Kraft einzusetzen hat, um Prinzipale, die sich einem Strafurteil der Preistariffommision oder dem Organisationszwang nicht fügen wollen, dazu zu bewegen. Daß Aktionen solcher Art zu eigentümlichen, aber für den Verband ungünstigen Verhältnissen führen können, ist selbstverständlich. Die Situation des Verbandes ist trotz der niederdrückenden Verhältnisse im Geschäftsbereich, die man hier in allen Industriezweigen allerorts wahrnimmt, nicht unerfreulich zu nennen. Im verflochtenen Jahr traten 857 Gehilfen und Lehrlinge der Organisation bei (1925: 815), aber es wurden 898 (783) Mitglieder aus den Listen gestrichen. Die Ursachen dieses Mitgliederverlustes liegen teils in langandauernder Arbeitslosigkeit, die den Betroffenen zwingt, sich nach außerberuflicher Beschäftigung umzusehen, teils in der frühigen Tätigkeit der christlichen und katholischen Buchdruckerorganisationen, wobei nicht selten geistlicher Zwang kräftige Hilfe leistet. Die Mitgliederzahl ist also um 41 zurückgegangen; sie war Ende 1926 9359. Diese Zahl setzt sich zusammen aus 3899 (1925: 4019) Handgelehrten, 790 (738) Maschinengelehrten, 2348 (2328) Druckern und 2322 (2315) Buchbindern. (Letztere gehören bekanntlich in Holland der Buchdruckerorganisation an.) Zu verzeichnen waren 38 Todesfälle; es konnte festgelegt werden, daß 21 Proz. der Todesursachen die Tuberkulose war. Dem finanziellen Bericht entnehmen wir nachstehende Ziffern nach dem Stande von Ende Dezember 1926. An Verbandsbeiträgen wurden eingekassiert 317 381 Gulden. (Der Verbandsbeitrag ist seit den letzten Jahren festgesetzt auf eine Stunde Lohn erhöht mit 15 Cents; für Stundenlöhne unter 30 Cents erhöht mit 10 Cents.) Verausgabt wurden für Streik- und sonstige hiermit zusammenhängende Unterhaltungen 13 557 Gulden; für Sterbegeld 2717 Gulden; für Invalidenunterstützung 5556; für Krankenunterstützung 105 669 Gulden. Aus der vom Staat subventionierten Arbeitslosenliste wurden gezahlt 102 518 Gulden. Von Arbeitslosigkeit wurden getroffen 1678 (1925: 1945) Mitglieder, während 247 067 Arbeitslosentage gezahlt wurden. Die Gesamteinnahmen und -ausgaben schloßten mit einem Betrag von 280 055 Gulden. Die Krankenkasse, deren Zugehörigkeit für die Mitglieder nicht verpflichtend ist, hat eine gesonderte Verwaltung und ihre Ausgaben sind in dem mitgeteilten Ziffern nicht enthalten. Zu verzeichnen waren 1656 Krankheitsfälle (1925: 1593). Für arbeitslose Mitglieder, welche nicht mehr unterstützungsberechtigt sind, wurden unter den Mitgliedern freiwillig 12 326 Gulden gesammelt. Seit 1922 stellt sich diese Solidaritätssage insgesamt auf 97 525 Gulden. Das Gesamtvermögen des Verbandes stellte sich auf rund 1 216 313 Gulden (1925: 1 072 553; 1924: 865 842). In finanzieller Hinsicht sind die Verhältnisse für den Verband also nicht schlecht. Im Herbst dieses Jahres wird der Sitz des Verbandes nach einem andern Stadteil Amsterdam verlegt, wo ein schöneres und geräumigeres Haus für die Organisation angekauft

wurde. Seit dem 1. Januar wird vom Verband eine technische Monatschrift herausgegeben, die der Fachbildung dient und den Mitgliedern unentgeltlich zugeteilt wird nebst dem wöchentlichen Organ „Grassij Weetblad“, das als eines der besten Gewerkschaftsblätter Hollands gilt.

**Schweden.** Der 14. Verbandsstag des schwedischen Typographenbundes findet vom 15. bis 18. August in Stockholm statt. Die Wahl der Delegierten ist bis zum 1. Juni vorzunehmen.

**Norwegen.** Die Auspezzung, die die großen Industrien umfaßt, ist beendet und damit die Möglichkeit, daß auch die Buchdrucker davon erfaßt werden, beseitigt. Vom Storting ist nämlich ein Gesetz zur zwangsweisen Regelung von Arbeitsverhältnissen angenommen worden gegen die Stimmen der Arbeiterparteien. Die Arbeit wurde beim Inkrafttreten des Gesetzes zu den bisherigen Bedingungen aufgenommen. Das Zwangsgesetz wird die neuen Arbeitsbedingungen in Kürze bitteren. — Die Arbeitslosigkeit im Buchgewerbe ist fortwährend sehr groß und betrug Ende April in Oslo 15 Proz.

**Belgien.** In den letzten 24 Stunden im belgischen Buchgewerbe hat nunmehr das Nationale Schiedsgericht sein Urteil gefällt. Demgemäß tritt ab 1. April 1927 für jede Steigerung der Indexziffer um zehn Punkte eine Lohnerhöhung ein um 2,15 Fr. für die erste Kategorie; 2,30 Fr. für die zweite Kategorie; 2,50 Fr. für die dritte und 2,75 Fr. für die vierte Kategorie. Das bedeutet durchschnittlich ein Mehr von einem Franken pro Woche gegenüber dem Angebot der Prinzipale. Vom selben Datum ab gelten nunmehr folgende Wochenlöhne: Brüssel 262,50 Fr. (Erhöhung 8,25 Fr.); Antwerpen 229,65 (5,00); Charleroi und Mons 228,70 (7,50); La Louvière 222,95 (5,00); Gent 219,70 (5,00); Lüttich 218,95 (7,50); Breviers 216,65 (5,00); Braine-le-Comte 217,70 (9,40); St. Nicolas 209,15 (7,05); Louvain, Louvain und Ware 213 (4,70); Arion 211,50 (9,40); Alost, Bruges, Huy, Malines, Namur, Ostende und Courtrai 209,15 (7,05); Sables-Wal, Halle, Tirlemont 192,05 (6,45); Dieff, Grammont, Renaix, Roulers und Tongres 189,15 (6,45). Man fragt sich unwillkürlich, wie angesichts dieser geringfügigen Lohnerhöhungen die Prinzipalsorganisation die Dinge dermaßen auf die Spitze treiben konnte. In der ganzen Angelegenheit hat sich der Herrenmachtsstandpunkt in seiner kräftigsten Auswirkung gezeigt. — In den Provinzen Neuchâtel, Namédy und Cupen, liegen die Organisationsverhältnisse noch sehr im argen. Mehrfache Versuche des Vorstandes der benachbarten Sektion Verriers, in Namédy resp. Stavelot eine Ortsgruppe des belgischen Bucharbeiterverbandes zu schaffen, scheiterten an der Ineresslosigkeit der dortigen Kollegen. In der letzten Nummer des belgischen Verbandsorgans findet sich ein erneuter Appell, um die Berufsangehörigen von Namédy-Stavelot, deren Lohn- und Arbeitsverhältnisse wachlich nicht verhalten, daß sie die Organisation überflüssig wäre, zum Beitritt zum belgischen Bucharbeiterverband zu bewegen. Es wäre zu wünschen, daß auch die Kollegen Neuchâtelns die Zeichen der Zeit verstehen lernten.

**Frankreich.** Für die Wahlen zum Obersten Arbeiterrat, die in den nächsten Tagen stattfinden werden, hält Kollege Laugeroite als Mitglied des Zentralvorstandes des französischen Bucharbeiterverbandes seine Kandidatur aufrecht. Er war bis jetzt Vertreter der Buchdrucker in dieser hohen Körperschaft. — In unsern Berichten ist wiederholt auf die große Arbeitslosigkeit im lithographischen Buchgewerbe hingewiesen worden. Verschiedentlich hat sich der Vorstand dieser Regionalgruppe des französischen Verbandes mit der Arbeitsfrage befaßt und zwecks Beseitigung einer weiteren Verschärfung der Sachlage an die Prinzipalsorganisation den Antrag gestellt, während der Dauer eines Jahres von der Einstellung von Lehrlingen abzusehen. Es steht fest, daß zurzeit der Zugang von Lehrlingen im Gewerbe den Ab-

**Natur, Arbeitskraft, Technik und Wissenschaft**

Das historische Wirken der Arbeiterklasse gibt der wirtschaftskulturellen Einheit der Produktivgesellschaft, die durch Wissenschaft und Technik immer tiefer in die Gesetze der Natur eindringt und diese auswertet zur Wohlfahrt aller Schaffenden. Die Beherrschung der Natur ist nicht nur Voraussetzung alles Lebens, sondern sie formt und gestaltet die Menschheit nach dem Grad ihrer Beherrschung höher, verfeinert physische und physische Lebensformen.

Ert durch die Lehre von Karl Marx erfährt ein Teil der Arbeiterklasse seine Lage innerhalb der Wirtschaft und Gesellschaft. Die Arbeitskraft der schaffenden Menschen wurde in der Erkenntnis des Marxisten zu einem bewußten Organ des Geistes, um sinnvoll die Schätze und Kräfte der Natur im Dienste der Erhaltung und des Aufstiegs der Menschheit anzuwenden. Dieses Bewußtsein seines Wertes und seiner Aufgabe, seines Wirkens und Kampfes gab die wissenschaftlich-sozialistische Schulung der denkenden Arbeiterklasse.

Eine treffende Illustration dieser Zusammenhänge und Wirkungen gab vor kurzem die Zeitung der Akademie der Arbeit in Frankfurt a. M. im Anschluß an die Vorlesungen eines praktischen Landwirts und Wissenschaftlers über die Fragen der Agrarwirtschaft, durch eine Exkursion nach der landwirtschaftlichen Versuchsanstalt der F. G. Farben-

industrie A.-G. (Limburgerhof bei Mutterstadt in der Rheinpfalz). Es wurde dadurch die Erkenntnis von der unzertrennbaren Einheit von Natur, Arbeitskraft, Technik und Wissenschaft gegeben, wie sie auf rein theoretischem Wege niemals zu erreichen sein dürfte. Die Erkenntnis dieses Zusammenhanges der ökonomischen und geistigen Kräfte der Wirtschaft vermag selbst die noch immer blühenden Bajonette der französischen Besatzung in Ludwigshafen nicht zu mindern. Im Gegenteil bewiesen gerade die Schilderhülsen an dem Brückentopf des Rheins, angehängt der Schöte, Tanks und Kohlenberge, daß im Reich des Dampfes und der Elektrizität, des eisernen Gesangs der Arbeit, die unproduktiven militärischen Bajonette egoistischer Profitinteressen keinen Platz mehr haben.

Die Hafenstädte sind nicht nur die großen Tore der Länder, sondern werden insbesondere als Aeren des Verkehrs im Binnenland immer mehr die Herzen der Industrie und des Handels. Das gilt insbesondere für Mannheim-Ludwigshafen. Gewiß, im Vergleich zu den großen Welt- und Küstenstädten mit ihren gewaltigen Werften (wie zum Beispiel Hamburg) ist der Verkehr im Hafen selbst gering, aber die Schöte der Eisenwerke, die mächtigen Gebäude der übrigen Industrie geben auch Mannheim-Ludwigshafen mit seinen hart umkämpften Rheinbrücken das Gepräge einer gigantisch wirkenden Stätte der Arbeit. Als erhebender und bewundernder Mensch mitten in das Pulsieren einer solchen Industrie- und Hafenstadt gestellt, weitet die Gänge des Hörsaals, Bureau, Fabrikraums und der Werkstatt zu einem großen Eingefügsein in die Mechanik der modernen Wirtschaft.

Der Arbeiter, hungrig losgelöst aus dem Körper der Produktion und des Verkehrs, mit seinem Sein aber doch so eng verbunden mit diesem „Moloch“, dessen Schöte und Eisenkonstruktionen ihm Schicksal sind, lebt und atmet zugleich dieses Gewirz von Röhrenbergen, Waggons, Gebäuden, Tanks und Schiffen. Der Arbeiter haßt den Moloch der Produktion, der ihn heimlich mit sozialem Gend, der ihn auspeit, wenn die Arbeitskraft verbraucht, und der ihn im gleichen Takt ewig gleicher Tage, oft in langer Arbeitszeit bei höchster Intensität körperlicher oder geistiger Arbeit gemüht. Noch grausamer das Leben aber dann, wenn das Fischen, Schagen, Fauchen und Sämen der Industrie verstimmt und Krisen selbst das kargste Dasein kaum noch fristen lassen.

Aber der Arbeiter hat den „Dämon“, der ihm äußerlich entgegentritt als Gewalt der Profitinteressen des Privateigentümers an Produktionsmitteln, erkannt. In mächtigen Organisationsformen schuf er seine Kraft, an deren Wirken er die „Bajonettarbeit“, ja selbst die Überwindung des einst mysteriösen Angeheuers „Kapitalismus“ immer mehr erkannte. Wer angesichts der gigantischen Stätten moderner Arbeit und Verkehrs die Entfaltung der Produktivkräfte, die gewaltigen Leistungen der Erfindungen und Forschungen gerade auch unter dem Antriebe des privatkapitalistischen Strebens verneinen wollte, könnte niemals ernst genommen werden, weder als Freund der Arbeiterklasse, noch als Feind der herrschenden Wirtschaftsordnung. Doch zeugen Imperialismus, Arbeitslosigkeit, Kriege, Lohnkämpfe und Revolutionen in ihren Ursachen und Wirkungen von solchen Widersprüchen der privatkapitalistischen

\* Einblicke anläßlich einer Besichtigung der Versuchsanstalt der Farbenindustrie A.-G. in Mutterstadt (Rheinpfalz).

gang vom Beruf, sei es durch Krankheit, Aufgabe des Berufs oder Invaliddität, überragt. Die lothringischen Prinzipale waren zu Verhandlungen über diesen Punkt bereit, wenn die Gehilfen ihrerseits in eine Revision (Rürzung) der Familienzulagen einwilligen wollten. Eine Verständigung kam daraufhin nicht zustande. Zwischen Delegierten der elssässigen Prinzipals- und Gehilfenorganisation fand am 7. Mai eine unverbindliche Besprechung des Gehilfenantrages statt. Dessen Ergebnis läßt sich zusammenfassen wie folgt: Die Gehilfen halten an ihrem Verlangen auf Suspendierung der Bekehrungseinstellung fest. Die Prinzipale erklären sich im Prinzip damit einverstanden. Dafür erwarten sie aber, daß ihnen erlaubt werde, die Kommandite und die Bezahlung der Mehrleistung an der Sehmühle einzuführen, mit welcher Methode sie hoffen, die Konkurrenz mit dem Budgewerbe in Innerfrankreich aufnehmen zu können, um Druckaufträge nach dem Elsaß zu bringen, wodurch der Arbeitslosigkeit am besten gefeuert werden könne. Die größeren Geschäfte könnten dann mit Kommanditebelegschaften arbeiten und die kleineren Druckereien, für welche diese Arbeitsmethode sich weniger oder nicht eignet, nach Wochen, Tag oder Stunden bezahlen. Es ist einsehend, daß auf solche grundsätzlichen Gegenforderungen der Prinzipale die Gehilfenvertreter nicht eingehen konnten. Der Vorstand der Regionalgruppe will die ganze Angelegenheit in den Sektionsversammlungen zur Abstimmung stellen und hat alle Vorbereitungen getroffen, damit ein klares Abwägen des Für und Wider ermöglicht wird, ehe man zu entscheidenden Entschlüssen greift. — Nach der Deputiertenkammer hat nunmehr auch der Senat das Washingtoner Abkommen über den Achtundbentag ratifiziert mit der Einschränkung, daß die Abmachung erst an dem Tag in Kraft treten wird, an welchem England und Deutschland deren Durchführung beschließen werden.

### Ergebnisse der Weltwirtschaftskonferenz

Die Weltwirtschaftskonferenz hat ihre Arbeiten abgeschlossen, und die Abordnungen der verschiedenen Länder, die an ihr teilnahmen, sind in ihre Heimat zurückgekehrt. Auf der Konferenz waren vertreten 47 Staaten, die großen internationalen Organisationen des Internationalen Arbeitsamts, die Vertreter der Internationalen Handelskammer, der internationalen intellektuellen Vereinigungen, der Produzenten und Konsumenten, der Unternehmer- und Arbeitergruppen, der Landwirtschaft und der Finanzen sowie der großen Frauenorganisationen. Allein schon diese Zusammensetzung sicherte der Konferenz ihre allgemeine Bedeutung. Noch mehr aber war es der Zweck, der alle diese Abordnungen in Genf vereinigte. Handelte es sich doch darum, zu einer Reihe, der für die Wiederherstellung der Weltwirtschaft wichtigsten Fragen, Stellung zu nehmen und über sie zu einer Verständigung zu gelangen.

Zinspolitische kamen hierfür das Problem der Handels- und Zollpolitik, die Frage der industriellen Zusammenarbeit, der Kartelle, die Beseitigung des Mißverhältnisses zwischen Produktion und Absatz, die Unterbrechungen und Hemmnisse der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, die Schwierigkeiten neu zu schaffender Handelswege sowie Fragen der landwirtschaftlichen Erzeugung in Betracht. Schon diese Aufzählung der für die Weltwirtschaft wichtigsten Fragen läßt erkennen, wie außerordentlich schwierig die Aufgabe war, die von der Konferenz gelöst werden sollte. Sie erschien um so schwieriger, als die wirtschaftlichen Gegensätze die Mitglieder der Konferenz in verschiedene Lager teilen mußte, was die Verhandlungen langwierig und fruchtlos zu machen drohte. Die hieraus entstandenen Befürchtungen haben sich nicht erfüllt. Das Ergebnis der Weltwirtschaftskonferenz war die einstimmige Annahme des an den Völkerverbundrat gerichteten Gesamtberichtes über ihre Tätigkeit. Selbst Dirigenzen mit den

lowjetrußischen Vertretern, die das Ergebnis der Konferenz zu fördern drohten, fanden ihre befriedigende Beilegung.

Der von der Konferenz angenommene Bericht besteht aus einem Mantelbericht sowie den Berichten der drei Kommissionen für Handel, Industrie und Landwirtschaft, die von keiner Seite eine Beanstandung erfuhren. Desgleichen wurde einer Entschließung zugestimmt, in der ohne direkte Vorschläge für die Schaffung einer Organisation die Aufmerksamkeit des Völkerverbundes auf die Zusammensetzung und die Arbeiten der vorbereitenden Wirtschaftskommission gelenkt wird. Die von der Weltwirtschaftskonferenz gefassten Beschlüsse sind natürlich kein Diktat. Derartige Befugnisse fanden ihr nicht zu, da sie nur den Charakter einer beratenden und begutachtenden Körperschaft hatte. Es steht aber außer Frage, daß sich die auf ihr vertretenen Staaten der Bedeutung dieser Beschlüsse nicht entziehen können. Wie der Präsident der Konferenz Theunis in seinem Schlußworte betonte, waren alle Konferenzteilnehmer von dem Wunsche befeelt, eine neue Ära des Wirtschaftslbens herbeizuführen. Die Beseitigung aller Handelshemmnisse sei für die Entwicklung der Weltwirtschaft von größter Bedeutung. Zur Verabschiedung der Zollschranken müßten deshalb die Staaten unverzüglich Maßnahmen ergreifen. Ferner müsse durch Wiederherstellung des allgemeinen Gefühls der Sicherheit eine Herabsetzung der schweren finanziellen Lasten für die Kationen herbeigeführt werden.

So richtig diese Worte sind, so wenig wird man darauf rechnen dürfen, daß die darin ausgesprochenen Erwartungen alsbald in Erfüllung gehen werden. Wie schon bemerkt, sind die Gegensätze noch zu groß, um einen schnellen Ausgleich zu versprechen. Dieser Ausgleich muß aber zustande kommen, wenn eine Gesundung der wirtschaftlichen Verhältnisse eintreten soll, an der schließlich alle Länder und die in ihnen tätigen Wirtschaftskreise interessiert sind. Der früher weit verbreitete und insbesondere von national chauvinistischer Seite vertretene Glaube, daß Kriege die Wirtschaft fördern, hat durch den Weltkrieg einen verneinenden Stoß erlitten. Es ist so ganz anders gekommen, als die meisten Kriegsgewinner erwarteten. An Stelle des Aufschwungs ist ein wirtschaftlicher Niedergang eingetreten, der nicht nur die am Kriege beteiligten, sondern auch die neutralen Länder auf das empfindlichste betroffen hat und dessen Folgen sie trotz gewisser Anzeichen einer Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse noch lange spüren werden. Nur Nordamerika bildet eine Ausnahme. Während die europäischen Länder unter einer in diesem Umfang nie dagewesenen wirtschaftlichen Stagnation und Arbeitslosigkeit leiden, erfreut sich Amerika einer außerordentlichen Blüte seiner Wirtschaft, die freilich nach der Stellung, die es im Weltkriege einnahm und die es zum allgemeinen Weltgläubiger werden ließ, nicht allgütig übertrifft. Es wiederholt sich dort — nur in größerem Ausmaße — im wesentlichen das gleiche, was in Deutschland nach dem Kriege von 1870 durch das Hereinströmen der französischen Milliarden verursacht wurde.

Aber die durch den Weltkrieg hervorgerufenen Verschiebungen gibt am besten die Handelsstatistik Auskunft, die der Völkerverbund in seiner aus Anlaß der Einberufung der Weltwirtschaftskonferenz herausgegebenen Denkschrift veröffentlichte. Bei oberflächlicher Prüfung dieser Zahlen scheinen diese Verschiebungen zwar nicht besonders schlimme zu sein, denn hiernach war der Nominalwert des gesamten Welt Handels im Jahre 1925 um 65 Proz. höher als im Jahre 1913. Das läßt auf einen allgemeinen Aufschwung schließen, was jedoch im schroffen Widerspruch zu den tatsächlich vorhandenen Verhältnissen steht. Dieser Widerspruch ist jedoch nur ein scheinbarer, denn es ist allgemein bekannt, daß der Wert des Geldes inzwischen ein geringerer geworden ist. Das Bild wird deshalb sofort ein anderes, wenn wir diese Wertminderung in Rechnung stellen. In diesem Falle ergibt sich, daß der Anteil Europas am Welt-

handel gegenüber 1913 um 8,5 Proz. zurückgegangen ist, während sich der Nordamerikas um 4,3, Asiens um 3,7, Südamerikas um 0,1 und der übrigen Erdteile um 0,9 Proz. gesteigert hat. Am schlimmsten wird von dem Rückgang Deutschland betroffen, das im Jahre 1925 in seiner Ausfuhr um 13 Proz. gegenüber 1913 zurückblieb, dagegen eine um 15 Proz. höhere Einfuhr aufwies.

Diese Verhältnisse haben sich 1926 etwas gebessert, indem die Ausfuhr zunahm, die Einfuhr zurückging und so seine Handelsbilanz eine etwas günstigere wurde, wenigstens sie immer noch mit einem Defizit von 168 Millionen abschloß, also passiv war. Im ersten Vierteljahr 1927 betrug der Einfuhrüberschuß im reinen Warenverkehr 877 Millionen. Die Passivität der deutschen Handelsbilanz ist also im Steigen begriffen. Das braucht jedoch noch keine Bedenken zu erregen, da es sich vorzugsweise um die Einfuhr von Rohstoffen handelt, die durch die Wiederbelebung der wirtschaftlichen Konjunktur verursacht wurde. Daß diese tatsächlich eingetreten ist, zeigt nicht nur der Rückgang der Arbeitslosigkeit, sondern auch die Steigerung der Ausfuhr um über 300 Millionen gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres. Zu besonderen Hoffnungen gibt diese Wendung zum Besseren aber noch keinen Anlaß. Die Lebensfähigkeit der deutschen Wirtschaft macht sich zwar wieder bemerkbar, sie ist aber gewaltig geschwächt und kann nur langsam wieder zu Kräften kommen. Ihre Regenerationskraft vermag nur allmählich die Schäden zu überwinden, die dem Wirtschaftskörper während des Krieges und der ihm folgenden Nachkriegszeit zugefügt worden sind. Das gleiche gilt, wenn auch in beschränkterem Umfang, von den übrigen Ländern.

Es sind also ausreichende Gründe vorhanden, die für eine volkswirtschaftliche Verständigung sprechen und denen man sich auf die Dauer nicht verschließen kann. Der überall nach dem Kriege lippig ins Kraut schießende Protektionismus, die aufgerissenen Zollmauern zwischen den einzelnen Ländern, die Subventionierung nicht lebensfähiger Industrien müssen beseitigt werden. Eine Erholung der wirtschaftlich schwer daniederliegenden europäischen Länder kann nicht eintreten, solange sie sich nicht darüber klar werden, daß ihr Wohl in ungehinderten Austauschverkehr erfordert. Die diesen Austauschverkehr hemmenden Schranken müssen daher fallen, um den Weg zu einer möglichst zweckmäßigen Arbeitsteilung auf dem Weltwirtschaftsmarkt frei zu machen. Amerika hat seine gegenwärtige wirtschaftliche Blüte sowie seine Weltvorrangstellung zum großen Teil dadurch errungen, daß es ein einheitliches Wirtschaftsgebiet darstellte. Auch Europa wird sich zu einem solchen einheitlichen Wirtschaftsgebiet umgestalten haben, um einen für seine industrielle Entwicklung ausreichenden Binnenmarkt zu schaffen, der die Möglichkeit zur weiteren Ausgestaltung der Produktion, Hebung des Absatzes und sozialen Besserstellung seiner arbeitenden Bevölkerung bietet.

Leider kann aber nicht behauptet werden, daß es der Weltwirtschaftskonferenz in Genf gelungen sei, einen erheblichen Abstand der bisherigen wirtschaftspolitischen Gegensätze zu überwinden. Wenn wenigstens die Entschlüsse, die die Konferenz gefaßt hat, klar und entscheidend einige große Forderungen herausgearbeitet hätten, daß sie geeignet wären, auf die praktische Politik der Länder einen Einfluß auszuüben, so wäre das Ergebnis auch für die Arbeiterschaft befriedigender geworden.

Verhältnismäßig am besten ist noch der Inhalt der Resolution zur Frage der internationalen Handels- und Zollpolitik. Zwar war es auch hier natürlich nicht möglich, zu einheitlichen Formeln über den Abbau der Zollmauern zu kommen, aber bei allen Verkaufszifferungen, die im einzelnen angebracht worden sind, ist doch das Bekenntnis der Konferenz zu einer größeren Freiheit des internationalen

Ordnung, daß selbst die 100prozentigen Wertediger der letzteren immer mehr gezwungen werden, zumindestens staatliche Eingriffe und Regelungen anzugewöhnen. Allerdings die „Regelung“ der Völker durch gegenseitige Vernichtung in Kriegen und die Anebnung der Arbeiterbewegung durch politische Machtmittel einer herrschenden Klasse werden niemals zur Überwindung der gesellschaftlichen Widersprüche beitragen, sondern dieselben nur vertiefen und verschärfen. Dann nützt aller Fortschritt und alle Entwicklung der ökonomischen Kräfte nichts mehr, sondern das, was zum Segen hätte werden können, wird zum Fluch, und für die Arbeiterschaft bliebe die revolutionäre Aktion als einzige Konsequenz zur Erlösung aus ökonomischem und politischem Dru.

Die Chemieindustrie hat gegenüber der Eisen-, Kohlen- und Elektroindustrie heute die größten Möglichkeiten zur Entfaltung, obwohl selbstverständlich die anderen Fabrikationszweige nicht minder für die Bedeutung der Gesellschaft sind. Die chemische Industrie in Deutschland beschäftigt gegenüber 172 441 Arbeiter 1907, 314 323 im Jahre 1925, obwohl die Zahl der Betriebe gesunken und die Intensivierung der Arbeit gerade auch in diesem Zeitraum gesiegen ist.

Nur wenige Stunden der Beschäftigung an der landwirtschaftlichen Versuchstation im Limburgerhof genügte, um an der Hand der praktischen Ergebnisse die qualitative und quantitative Steigerung der landwirtschaftlichen Erträge durch Anwendung künstlicher Düngers festzustellen. Der Stickstoff (durch kompliziertes Verfahren aus der Luft gewonnen) nimmt in der Reihe der chemischen Produkte

den ersten Platz in der Wichtigkeit für die Landwirtschaft ein, da er eines der wertvollsten Düngemittel ist. Die in dem Stickstoff u. a. enthaltene Salpetersäure dient wiederum zur Herstellung eines besonders wirksamen Sprengstoffes. Dieses zeigt (genau wie das Chlor als Ausgangsprodukt von Giftgasen), wie das, was zum Segen der Menschheit gereicht, ebenso in sein Gegenteil umschlagen kann.

Die Versuchstation der J. G. Farbenindustrie mit ihren landwirtschaftlichen Betrieben ist ein Musterbeispiel für das Zusammenwirken von Wissenschaft, industrieller und agrarischer Produktion. Ein Beispiel weiter dafür, wie die Natur mittels wissenschaftlicher Methoden rationeller Arbeit und Technik von den Menschen beherrscht werden kann, um sie zur Dienerin des menschlichen Lebens zu machen. Das sollte der Zweck menschlichen Wirkens sein. Nur die Erkenntnis, daß die Arbeitskraft des Hirns und des Körpers jenes ungreifbare Band ist zwischen Mensch und Natur, kann die Wirtschaft sinnvoll gestalten, und die Ordnung des Profits (arbeitslosen Einkommens) durch die Organisation einer bestmöglichen Bedarfsbefriedigung ersetzen.

Wasser und Luft sind, neben den Schätzen unter und über der Erde, jene Elemente, die durch gewaltige Arbeit von Wissenschaft und Technik jenes chemische Problem gelöst haben, um die Erträge des Bodens zu vervielfachen. Die Menschheit braucht die Dämonen nicht zu fürchten, die als Ueberföderung jahrhundertlang drohten und den Kampf um Lebensraum zu einer höllischen gegenseitigen Vernichtung machten. Die Gemeinschaft des Geistes und

der Arbeit verdrängt die Herrschaft blinden Instinkts und das tierische Angewiesensein auf den besten Futtermittel.

Noch wirken die Kräfte gegeneinander, die jedes ein Glied der nur unter bestimmten Verhältnissen drüben der Kette schöpferischer Arbeit sind. Die Schäden vergangener Epochen der menschlichen Gesellschaft sind noch nicht beseitigt: geistige und körperliche Arbeit, Landwirtschaft und Industrie mit all ihren sozialen Schichtungen verfehlen sich oft. Harte Kämpfe schwächen den gemeinsamen Körper. Die Höher der Akademie der Arbeit als Delegierte der Arbeiterorganisationen sahen nicht nur theoretisch, sondern praktisch ihre Aufgaben demonstriert in dem großen Zusammenhang aller tätigen Glieder der Wirtschaft, wie sie sich deutlich spiegelten in der Exkursion nach Ludwigshafen und Mutterstadt. Es wäre nur zum Fortschritt der Gesellschaft, wenn alle Schaffenden eines Volkes und der Völker untereinander ebenfalls ihre Aufgaben erkennen würden im Rahmen eines gemeinsamen Weltganges. Diesem Ziel gilt der Kampf der organisierten Arbeiterschaft.

Im den Bauer und Professor, Chemiker und Beamten, Industriearbeiter und Ingenieur schließt sich die Arbeitskraft als Dienerin der menschlichen Gesellschaft, welche den einzelnen als Mensch weder erniedrigen noch erhöhen soll. Die Notwendigkeit der Gehe innerhalb der Wirtschaft zwingen zu dieser Einheit, wenn nicht die Menschheit in unzulässigen Kämpfen verbluten soll. Ein großes Ziel winkt, aber hart und bornenvoll ist der Weg mühseligen Tageskampfes. Aufstieg der Menschheit oder Barbarei: die organisierte Arbeiterschaft lenkt, kämpft und strebt, um das erstere zu erreichen.

Handelsverkehrs, zum Prinzip der Gleichbehandlung der Völker im internationalen Handel und zu dem Streben nach Wiedererlangung der Stabilität der handelspolitischen Beziehungen durch langfristige Verträge mit Klarheit zum Ausdruck gekommen. Die handelspolitische Entschliebung wirkt als eine internationale Kundgebung gegen die Politik der Überperung, gegen die Einstellung auf Wirtschaftskrieg und gegen die fortwauernde Erhöhung der Zollmauern. Sie ist eine Kundgebung zur Abwehr gegen den akuten hochschulnnerischen französischen Zolltarifentwurf, und man wird diese Kundgebung der Weltmeinung auch in anderen Ländern als eine Waffe benutzen können, sobald sich nach der Genfer Feiertagsstimmung in der Alltagsarbeit zu Hause wieder die protektionistischen Bestrebungen der einzelnen Interessentengruppen ans Licht wagen. Das wird auch für die bevorstehenden Zollkämpfe in Deutschland unsere Beachtung verdienen.

Wie dürftiger und unbefriedigender ist die Entschliebung der Inbuitrieckommission ausgefallen. Hatte man ursprünglich das Problem der internationalen Kartelle stark in den Vordergrund der Diskussion um die Weltwirtschaftskonferenz gerückt, so zeigten sich bald starke industrielle Bestrebungen, einer bestimmten Stellungnahme auszuweichen, im besonders aus Anlaß der von der Seite der Arbeiter und der Genossenschaftler erhobenen Forderung auf internationale Kontrolle, die sich auf Kontrolleinrichtungen der Einzelstaaten aufbauen sollte. Was dann schließlich herauskam, waren ein paar belanglose Bemerkungen über günstige Wirkungen und über Gefahren monopolistischer Organisationen. Man sprach auch den frommen Wunsch aus, daß solche Abkommen nicht zu künstlichen Preissteigerungen führen sollten, man lehnte internationale Kontrolle als unmöglich ab, stellte aber positiv fest, daß die Kontrolle der Kartelle eines Landes Sache der einzelnen Regierungen sei, und man sprach schließlich für internationale Abkommen den Wunsch aus, daß sich die Vertragsparteien dem Urteil internationaler Schiedsgerichte unterwerfen mögen, und man bewillkommerte mögliche Publizität in bezug auf die industriellen Vereinbarungen. Das sind alles praktisch sehr belanglose Erklärungen, die den Kampf um die Kontrolle monopolistischer Organisationen ganz auf die einzelnen Staaten verweisen.

Die Resolution der Landwirtschaftskommission ist in der Frage der Zollpolitik verschwommen, und sie erschöpft sich im übrigen in der starken Empfehlung technischer Verbesserungen, wissenschaftlicher Organisation, Bekämpfung von Schädlingen und Krankheiten, Verbesserung der Absatz- und Kreditmethoden. Sie empfiehlt dafür Austausch der Erfahrungen. Ferner wird die Förderung der Ausbildung der Landwirte den Regierungen empfohlen, es wird die Notwendigkeit der Anwendung der Sozialgesetze auf die landwirtschaftlichen Arbeiter betont und die größtmögliche Förderung des Genossenschaftswesens empfohlen. Endlich wird die Vornahme einer internationalen Landwirtschaftsenquete angeregt. Im ganzen eine Zusammenfassung von vielen guten Wünschen, die nicht gerade aktuell sind, und von denen wohl nur mäßige praktische Wirkungen ausgehen werden.

Aber die Frage, ob nun ein besonderes Organ in Gestalt eines Wirtschaftsamtens sich mit der praktischen Durchführung der von der Konferenz aufgestellten Grundzüge weiter befassen solle, wie es die Arbeitervertreter beantragt hatten, kam man auch zu keinem Entschluß, sondern man begnügte sich damit, die Entschliebungen dem Völkerbundsrat zu überweisen, und im übrigen die Arbeit des Völkerbundsekretariats anzuerkennen und ihm die Heranziehung von Vertretern der einzelnen Gruppen zu empfehlen in der Art, wie sie bei der Vorbereitung der Konferenz stattgefunden hatte. Das würde praktisch eine in ihrem Anfang sehr bescheidene Heranziehung der Vertreter der Arbeiterschaft bedeuten.

Auf dem Wege zur Besserung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Völker war demnach die Genfer Konferenz noch ein sehr unzulänglicher Anfang. Aber immerhin: es war ein Anfang, und es wird die Aufgabe derer sein, die es mit der internationalen Solidarität und dem Kampf gegen die Kriegesgefahren ernst meinen, vorwärts zu treiben, und von diesem Ausgangspunkt doch zur Verwirklichung eines Stützpunktes internationalen Lebens zu gelangen.

### Beziehungen in Amerika

Die Sucht, Amerika neu zu entdecken, rief auch im Herbst 1926 die englische Regierung, die einen Ausschuß zur Untersuchung der Wohn- und Arbeitsverhältnisse ernannte, auf den Plan. Dieser Ausschuß hat nun die Ergebnisse seiner Untersuchung in einem Bericht niedergelegt. Für den deutschen Gewerkschaftler, der das Amerikabuch deutscher Gewerkschaftsführer gelesen, bringt der Bericht nicht viel Neues. Was aber denselben die Bedeutung gibt, ist die Tatsache, die gesammelten Erfahrungen wurden von einem gemischten Ausschuß zusammengetragen, der außer zwei Arbeiterführern Vertreter des Arbeitsministeriums und der Unternehmer in sich vereinigte. Der Bericht ist aus einem Guß. Sämtliche Delegierten dessen die niedergelegten Beobachtungen durch ihre Namensunterschrift. Zu den besonderen Aufgaben des Ausschusses gehörte es, die Beziehungen zwischen Arbeitern und Unternehmern zu erforschen. Die englische bürgerliche Tagespresse hat auch besonders jenen Teil des Berichts gelobt, der von dem guten Einvernehmen zwischen Arbeitern und Unternehmern

spricht, und diese Seite des amerikanischen Systems wollen wir einigen Betrachtungen unterziehen.

Es ist bekannt, daß die Völker der Siegerländer keine „Revolution“ machten — Revolutionen werden ja in der Regel überhaupt nur von den besiegten Völkern „gemacht“.

Nun ist Amerika durchaus nicht von den Nachwehen des Krieges verschont geblieben. Im Gegenteil machte sich auch dort eine revolutionäre Welle bemerkbar. So verlangte man vor allem nach dem Mitbestimmungsrecht im Betrieb. Nach dem englischen Beispiel wurde von der Regierung eine Konferenz, bestehend aus Vertretern der Arbeiter, der Unternehmer und der Verbraucher, einberufen, die sich in der Hauptsache mit dem Problem der Betriebsvertretung befaßte. Diese Konferenz verließ im Sande, da es zwischen den Vertretern der Gewerkschaften und den Unternehmern über die Frage der Siderstellung kollektiver Arbeitsverträge zu keiner Einigung kam. In 1920 wurde nun eine Konferenz „der Verbraucher“ einberufen, an der sich die Gewerkschaften offiziell nicht beteiligten. In den allgemeinen „Richtlinien“ über die Beziehungen zwischen Arbeitern und Unternehmern heißt es nun:

„Die Beziehungen zwischen Arbeitern und Unternehmern werden am zweckmäßigsten durch ein System der Betriebsvertretungen geregelt. Aufgabe der Betriebsvertretung muß es sein, eine Einheit der Interessen zu schaffen, vorhandene Konfliktsstoffe auf ein Mindestmaß zu beschränken und zu veruchen, die Beziehungen zwischen Arbeitern und Unternehmern wieder so zu gestalten, wie sie waren, als die kleinen Betriebe noch nicht durch die Riesenbetriebe verdrängt worden waren.“

„Hauptaufgabe der Betriebsvertretung muß es sein, zwischen sich und der Betriebsleitung ein Einverständnis über alle zu ergreifenden Maßnahmen zu erzielen. Die Verantwortlichkeit der Vorgesetzten verlange es, daß diese ihre Arbeiter gerade so gut kennen wie das Produktionsmaterial. Auf Menschenwürdigkeit und Takt müsse die größte Rücksicht genommen werden. Die Arbeiter ihrerseits hatten die Pflicht, die Eigenarten von Betrieb und Industrie kennenzulernen.“

„Betriebsvertretungen sind ein gesundes Mittel zur Regelung der Beziehungen zwischen Arbeitern und Unternehmern. Die Erfahrung lehrt, daß dieses System sowohl in gewerkschaftlich beeinflussten Betrieben wie in solchen, wo die Gewerkschaft keinen Fuß gefaßt hat, gute Ergebnisse erzeugt. Selbst dort, wo unorganisierte Schuster an Schufter mit den organisierten Arbeitern stehen, zeigen sich erfreuliche Verhältnisse. In gewerkschaftlich organisierten Betrieben kann die Betriebsvertretung ein Mittel zur Stärkung des kollektiven Arbeitsvertrags werden. Aber selbst dort, wo der gewerkschaftliche Einfluß fehlt, kann die Betriebsvertretung das Mittel zur Schaffung erträglicher Verhältnisse sein.“

Wie die englische Delegation in ihrem Bericht mitteilt, haben diese „Richtlinien“ auf die Schaffung von Betriebsvertretungen wohlwendend gewirkt. Gibt es auch viele solcher Vertretungen, die zu dem Zweck geschaffen wurden, die Gewerkschaften auszugliedern, so ist doch die Zahl derer, die mit Hilfe der Gewerkschaften ins Leben gerufen wurden, sehr groß. Die Delegation spricht die Überzeugung dahingehend aus: Diese Einrichtung hätte sich dort am besten bewährt, wo sie im Einvernehmen mit den Gewerkschaften eingeführt wurde.

Es ist eine Bewegung im Gange, die auf die Betriebsorganisation hinsteuert. Es ist jedoch, wie der Bericht darlegt, noch zu früh, ein Urteil darüber abzugeben, welche Bahnen die Entwicklung einschlagen wird. Der Aufbau der amerikanischen Gewerkschaften ist ja ein ganz anderer als der deutsche. Vielfach sind die sogenannten „locals“, das sind die Filialen der Zentralverbände, auf den einzelnen Betrieb beschränkt, und eine solche Organisationsform begünstigt natürlich die Betriebsorganisation an sich. Dann ist auch der Nationalcharakter des Volkes mit seinem ausgeprägten Individualismus nicht ohne Einfluß auf die Gestaltung der Organisationsformen. Der angelfächische Individualismus hat in Amerika eine Gestalt angenommen, die selbst in England unbekannt blieb. Auch in Gewerkschaftskreisen hündigt man noch dem Standpunkt des klassischen Liberalismus, der jegliche staatliche Einmischung in soziale Dinge ablehnt. Diese eigenartige Auffassung von den Aufgaben des Staates hat gar sonderbare Früchte gezeitigt. Man kennt keine staatliche Sozialversicherung. Die „Judge-made-law“ (Richtergesetze) feiern wahre Orgien. So haben die Gerichte die gesetzliche Einführung von Mindestlöhnen als im Gegensatz zur Verfassung erklärt. „Die Verfassung garantiert jedem Staatsbürger die persönliche Freiheit.“ Der „Freiheit“ der Ausbeutung sind feinerlei Schranken gezogen. Auch verbietet nach Ansicht der Gerichte die Verfassung dem Gesetzgeber das Recht, Gesetze zum Schutze der Frauen zu erlassen!

In deutschen Unternehmerkreisen stellt man es so dar, als ob man in Amerika die aus der deutschen Gesetzgebung entspringende „soziale Belastung“ nicht kenne. Das heißt natürlich die Dinge auf den Kopf stellen. Die sozialen Einrichtungen kosten dem amerikanischen Unternehmertum zweifellos viel mehr, als die „soziale Belastung“ in Deutschland kostet. Hinzu kommen die fünf- bis siebenmal höheren Löhne der Amerikaner. Allerdings steht die deutsche soziale Gesetzgebung turnhoch über dem amerikanischen System. Die europäische Auffassung von den sozialen Aufgaben des Staates hat sich längst als die richtige erwiesen, und es kann nur eine Frage der Zeit sein, wie lange noch Amerika an dem längst überwundenen Standpunkt von der Nichteinmischung des Staates festhalten kann.

Allerdings hat das Mitbestimmungsrecht im Betrieb in Amerika sehr gute Fortschritte zu verzeichnen. Die Betriebsdemokratie ist weitestgehend entwickelt. In deutschen Unternehmerkreisen geht der Spuk von den Werksgemeinschaften nach „amerikanischem Muster“ um. Mit dieser Redebeutung will man der Arbeiterchaft Sand in die Augen streuen. Will aber das deutsche Unternehmertum der Arbeiterschaft helfen, so kann es das dadurch tun, daß es seine Hand zur Ausbebung der Rechte der Betriebsräte „nach amerikanischem Muster“ bietet. B. M.

### Korrespondenzen

**M. Düsseldorf.** Unter großer Beteiligung trugen Düsseldorf Buchdrucker am 21. Mai ihren alten verdienten Kollegen Heinrich Schipper zu Grabe. Die geräumige Kapelle des Nordfriedhofs konnte die Erschienenen nur zum Teil fassen, so zahlreich waren die Kollegen herbeigekallt, um ihrem alten Freund und Kollegen das letzte Geleit zu geben. Am Grabe sprachen Gauvortischer Berram, der des Verstorbenen Verdienste um die Organisation besonders hervorhob, Kollege Schindelbeker als Vorsitzender des Orts- und Bezirksvereins, würdigend seine unermüdlige Tätigkeit im Düsseldorf Buchdruckerleben, weiter Vertreter des Bildungsverbandes, des Gesangvereins „Gutenberg“ und anderer Korporationen. Grabredner des Gesangvereins und Trauermußt einer meist aus Kollegen bestehenden Kapelle umrahmten die eindrudsvolle Feier, die Zeugnis ablegte von der Verehrung des Verstorbenen. — In der am selben Abend stattfindenden Bezirksversammlung gedachte der Vorsitzende noch einmal des Verstorbenen sowie auch der verstorbenen Kollegen Hugo Neffel und Wilhelm Rippers. Die Versammlung ehrte das Andenken an sie in der üblichen Weise. Sie hörte dann einen Vortrag des Kollegen H. Wenzel über: „Welche Wege hat der Buchdrucker neben seinen gewerkschaftlichen Pflichten auch in kultureller Hinsicht zu gehen?“, der auslang zur tatkräftigen Unterstützung des Kollegenvereins. Aufgenommen wurden zwölf Kollegen, wegen Resten einige ausgeschlossen. Eine Ansprache entstand auch über das Johannisfest, doch wurde ein endgültiger Beschluß noch nicht gefaßt.

**Bassau.** Zu unserer Bezirksversammlung am 1. Mai waren neben den hiesigen auch die Kollegen von Freyung v. M., Pfortkirchen und Wilschhofen zahlreich erschienen. Vorsitzender Köhl gedachte in ehrenden Worten unseres verstorbenen Gauvortischer Sommerich, dessen Gedenken in üblicher Weise geacht wurde. Die Berichte aus den Bezirksorten lauteten in tariflicher Hinsicht zufriedenstellend, nur die Arbeitsmöglichkeit läßt zu wünschen übrig. Ein Aufnahmegeruch wurde abgelehnt. Einen breiten Raum der Beratungen nahmen Lehrlingsfrage, Lehrlingsordnung und Handwerkskammer ein, in welcher nun Kollege Mayer (Bassau) als Mitglied des Gesellensauschusses gewählt wurde. Einige Verlesungen, die tarifliche Lehrlingszahl zu überschreiten, wurde vom Bezirksvorsitzenden erfolgreich entgegengewirkt. Einstimmig wurde dann beschlossen: die Herbstbezirksversammlung in Pfortkirchen abzuhalten. Die im gleichen Laufe stattfindende Meister des Gewerkschaftsvereins, gemeinsamer Mittagstisch und eine vom Kollegen Wolfbauer angelegte Druckmaschinenverbundung des Bildungsverbandes hielten die Kollegen noch lange beisammen, bis die auswärtigen sich zur Maibult und auf den Bahnhof verzogen.

**Potsdam.** Zu unserer Bezirksversammlung am 8. Mai in Strausberg waren gegen 150 Mitglieder erschienen. Der Vorsitzende des Ortsvereins Strausberg hieß die Erschienenen willkommen. Des verstorbenen Kollegen Ebert (Stettin) gedachte Kollege Matzke in ehrenden Worten. Nach Erledigung des Geschäftsberichts wurde dem Kassierer D. Hüttig für seine korrekte Kasseneführung Entlastung erteilt. Unser Referent, Kollege Reinke (Stettin), stellte die Mitglieder bis Schluß seiner Ausführungen über „Tarif und Tarifrecht“. Nach einer längeren Diskussion dankte der Vorsitzende dem Referenten für seinen Vortrag. Anwesend waren Mitglieder aus Potsdam, Oranienburg, Trebbin, Ludenwalde, Zitzersdorf, Erkner, Königswinterhausen und Mi-Landsberg. Aus sämtlichen Orten war nichts Wesentliches zu berichten. Ein Antrag des Gesangvereins „Gutenberg“ (Potsdam) auf finanzielle Unterstützung infolge Defizits bei seiner 25jährigen Jubiläumfeier fand Annahme. Die nächste Versammlung wird in Berlin abgehalten werden. Nachdem der Kassierer noch zu pünktlicher Einsebung der Abrechnung gemahnt hatte, konnte die Versammlung schon um 12 Uhr geschlossen werden. — Nach dem Mittagessen wurde ein Spaziergang durch das Städtchen mit seinen schönen Anlagen unternommen.

**Stuttgart.** (Korrekturen.) Unre Versammlung am 7. Mai hätte einen besseren Besuch verdient. Aufgenommen wurden drei Kollegen. Der Vorsitzende hielt einen Vortrag über „Grenz- und Zusammenhängungen“. Eine lebhaftige Aussprache veranlaßte einige Streidungen der Redaktion im „Korrespondent“ Bericht über unsere Hauptversammlung. Von einigen Rednern wurde der schwache Versammlungsbesuch auf die Verhinderung juristisch geföhrt. (Das scheint uns doch wohl eine unrichtige Annahme zu sein. Die Streidung der auf ganz falschen Voraussetzungen beruhenden Stellen war durchaus gerechtfertigt. Schriftlichkeit.) Für das Reinecke-Denkmal wurde ein Betrag bewilligt. Der Ausflug nach Tübingen findet am 26. Juni statt. Näheres wird den Kollegen rechtzeitig bekanntgegeben.

**Wittenberg.** Am 8. Mai hielt der Bezirk Wittenberg seine Frühjahrsversammlung in Gräfenhainichen ab. Nach einem eindrudsvollen Liebe, vom Gesangverein „Topographia“ (Gräfenhainichen) vorgetragen, begrüßte Bezirksleiter Jungbluth die erschienenen Kollegen; im Namen des Ortsvereins Gräfenhainichen hieß Kollege Stahl die Versammlung herzlich willkommen. Der diesmalige Besuch der Versammlung ließ zu wünschen übrig, was darauf zurückzuführen ist, daß vom Gauvortstand kein genügendes Entgegenkommen gezeigt

wird, auch einmal an einem andern Ort eine Bezirksversammlung abhalten zu können. Wer der Ankunft der Liebenwerder und Mühlberger Kollegen mit Begewohnt hat, wird keinen freudigen Eindruck gewonnen haben, denn sie waren nur unter den schwierigsten Verhältnissen per Automobiltaxiportwagen erschienen. Nach Eröffnung der verstorbenen Kollege wurde in die Tagesordnung eingetreten. Die Berichte der einzelnen Ortsvereine ließen erkennen, daß im Bezirk überall tarifliche Verhältnisse herrschen. Nun erhielt jeder zweiter Verbandsvorstand Kollege Krauß (Berlin) das Wort zu seinem Vortrag: „Die Gewerkschaften in Staat und Wirtschaft“. In fünfviertelstündiger Vortrag verstand er es, alle Zuhörer zu fesseln und uns mancherlei Wissensmerkmale auf den Weg zu geben. Unter „Beschiedenem“ brachte Kollege Gatzert (Halle) zur Sprache, daß nur bei der Firma Baitz (Wittenberg) noch immer tarifmäßig gearbeitet wird, trotz Vorstellungsverweigerung seitens des Ortsvereinsvorsitzenden und des Gewerkschaftes. Er ermahnte die Kollegen, nun nochmals ihrerseits bei der Firma vorstellig zu werden, um auch damit zu brechen. Des weiteren wurde der Antrag angenommen, unter allen Umständen die nächste Bezirksversammlung in Torgau stattfinden zu lassen, um somit allen Kollegen gerecht zu werden. — Im Anschluß an die Versammlung fand noch ein Tanzfrühstück statt, das die Kollegen für einige Stunden zusammenhielt.

**Worms. (Drucker.)** Kreisvorsitzender Sicking (Mannheim) eröffnete die am 8. Mai nach hier einberufene Vorstandskonferenz der Drucker im Kreise Mannheim-Ludwigshafen und begrüßte die erschienenen 21 Delegierten sowie den Gauvorsitzer Conradi (Mannheim). Als Geschenk wurde jedem Delegierten eine Karte der Firma M. A. M. übergeben. Im Namen der Wormser Drucker hieß Kollege Böcker die Kollegen herzlich willkommen und Kollege Kreuter überbrachte die Grüße des Bezirksvereins Worms. Sodann begannen die Beratungen. Kollege Sicking führte noch vor seinem Bericht aus, daß dank der energischen Stellungnahme der Drucker der Wettbewerb der Heiblerberger Maschinenfabrik niedergeschlagen ist und in Zukunft die Kollegen vor derartigen Fällen gewarnt sind. Eine größere Debatte löste die Filmvorführung der Firma Scheller & Giesede (Leipzig) aus, die jetzt mit ihren Geschäften im Konkurs steht. Man einigte sich, hier eine abwartende Haltung einzunehmen, um dann einleitende Schritte zu unternehmen. Aus dem Bericht des Vorstandes, der gedruckt vorlag und vom Kollegen Sicking ausführlich erläutert wurde, ging hervor, daß sich unsere Sparte im Kreise wieder belebt, und es ist auch gelungen, einige Orte zu neuem Leben zu erwecken. Erfreulicherweise ist in bezug auf die Entlohnung eine Aufwärtsbewegung zu verzeichnen. Leider stehen aber im Kreise noch 621 Drucker, die in der Sparte befindlichen Zahl von 400 gegenüber, so daß uns noch viel zu tun übrig bleibt, bis auch der letzte Drucker in unsere Reihen steht. Anschließend referierte Kollege Sicking über „Stellungnahme zum Abschluß des neuen Manteltarifs“. Dieses Thema beschäftigte die Konferenz längere Zeit, und der Referent erläuterte alle Einzelheiten der hier in Betracht kommenden Paragraphen. Die Diskussion war sehr lebhaft und mit treffenden Beweisen aus der Praxis verbunden. Auch hier zeigte sich, daß manche Verschlechterungen auf das Schuldkonto der eignen Kollegen geschrieben werden müssen. Gauvorsitzer Conradi referierte über das Thema: „Aus der Praxis des Tarifvertrags“. Er verstand es, mit überzeugenden Gründen die Zuhörer ganz für sich einzunehmen und ließ seinen Vortrag dahin ausklingen, daß es nur durch kameradschaftliche Arbeit tüchtiger Gewerkschaftler und Verbandskollegen möglich sein werde, ruhig der Zukunft entgegenzusehen zu können. Reichert Beisfall löste die Ausführungen. Die Beratung des Kreisrats, zu welchem der Entwurf vorlag, ging rasch vor sich, obwohl ein Bruderverein sich mit andern Gedanken befaßte. Als nächster Tagungsort wurde Darmstadt festgelegt. Sodann wurden einige kleinere Angelegenheiten erledigt, und um 5 Uhr schloß Kollege Sicking die Konferenz. — Ein kleines Beisammensein vereinigte die Kollegen bis zum Abgang der Züge.

### Allgemeine Rundschau

**Meisterprüfung.** Vor der Handwerkskammer Altona bestand Kollege Heinrich Bode aus Lomdorf-Bohe die Meisterprüfung mit gutem Erfolge.

**Gehilfenprüfung.** In Langenlarsa legten am 22. Mai vor der zuständigen Prüfungskommission vier Geher und ein Drucker die Gehilfenprüfung ab. Sämtliche Prüflinge erhielten im Praktischen und Theoretischen die Note „Gut“.

**Wochentaglicher Sonntagsbesuch im Verbandshaus.** Am 29. Mai fand die dritte aufeinanderfolgende sonntägliche Besichtigung unseres Mutterbaues und Mutterbetriebes statt. Diesmal war es der Bezirk Dessau, von dem die Ortsvereine Bitterfeld, Dessau, Köthen und Zerbst eine reichlich besetzte Berlin-Fahrt unternommen hatten. Zu der Gesamtzahl von etwas über 450 Personen mit vielen Damen und 68 Lehrlingen aus den vier Ortsvereinen trug Köthen mit 163 Personen den höchsten prozentualen Anteil bei. Der Altenburg-Stendaler Besuch am vorausgehenden Sonntage wie der Dessauer am 29. Mai bilden also Höchstleistungen aus den Provinzräumen, während Leipzig im August v. J. mit rund 900 Teilnehmern bisher die absolute Rekordzahl ist. Die Dessauer brachten vormittags eine Rüte mit, die noch über die diesjährigen Temperaturen permanent-Maßstäbe hinausging. Aber es regnete bzw. es goss nicht wie an den beiden vorhergehenden Besichtigungssonntagen — es hellte auf, die Sonne kam einmal wieder anhaltend zum Vorschein, und es wurde sogar warm! Das hob die Stimmung ganz merktlich während der mit großem Interesse vorgenommenen Besichtigung der Verbandshausräume. Wer gute Laune hat, ist ja auch anerkennungsfreudiger. Man kann da schon noch Urteilsunterfänge heraus hören, wenn drei Sonntag hintereinander Besuchsmassen an Aug und Ohr vorbeifluteten.

Die Besichtigung gestaltete sich diesmal etwas schwieriger als bei der größeren von Altenburg-Stendal, die in zwei um eine Stunde voneinander getrennte Hauptführungen eingeteilt werden konnte. Der Bezirk Dessau hatte sich durch Vermittlung des Dessauer Verkehrsamt seine Berlin-Fahrt vielgestaltig aufziehen lassen: Sonderzug, Vorortsonderzug ab Wannsee, Straßenbahnsonderfahrt zum Verbandshaus und zurück ab Kreuzberganlagen mit acht Wagen, Wildpark, Sanssouci, Potsdam und zurück mit Dampf nach Wannsee. Der einzelne Teilnehmer hatte sechs verschiedene Fahrarten in seine Fahrt zu nehmen! Das Ganze zeugte von sehr geschickter Zeitausnutzung. Minute für Minute im einzelnen ist dafür aber Voraussehung. Der patentamtlich geschützte große und bewährte Führungsapparat des Berliner Gauverbandes wurde diesmal nicht in Anspruch genommen; bei dem kurzen Spaziergang durch die Kreuzberganlagen zur Straßenbahn konnten jedoch die freiwilligen Führer aus dem Verbandshaus allein Umwege nicht ganz verhindern. Es muß also bei so großen, auf einmal erfolgenden Besichtigungen auf ein Zwischenbindung zugekommen werden. Für das Mittagessen müßte doch jeder Teilnehmer vorher genaue Bestimmung über seine Beteiligung oder Nichtbeteiligung treffen können. Es wird jedem Wirt einig über die gemachten Bestellungen hinaus angenehm sein. Aber sie dürfen doch nicht ein Mehrfaches betragen als die tatsächlich beim Vorstand erfolgten Anmeldungen. Wenn dann noch alles auf einmal kommt, dann gibt es gern Mißstimmung über den Wirt, wiewohl hier nur Selbstkritik am Plage wäre. Das muß einmal allgemein gesagt werden, gilt also nicht für Dessau allein, wird vorgebeugt mehr für zukünftige Fälle erwärmt. Ebenso allgemein ist die Ermahnung aufzuführen, nicht an den Maschinen oder den Apparaten im Druckerbetriebe herumzuhantieren. Es stellt sich zwar dankenswerterweise jedes Mal ein Teil des technischen Personals freiwillig zur Verfügung bei den Besichtigungen, man möchte doch aber daraus keinen direkten Aufseherdienst werden lassen! Wenn die Kollegen aus dem Bezirke Dessau ein solches Glück mit der Witterungswende hatten, so wird auch ihre weitere, an sich schon interessante Fahrt einen guten Verlauf genommen haben und große Befriedigung über den 29. Mai allgemein herrschen. Für die kollegialen Veranstaltungen in Dessau selbst zu Pfingsten möge das ein günstiges Vorzeichen sein! Im Verbandshaus aber herrscht über Pfingsten auch einmal Sonntagsruhe.

**Eröffnung der Internationalen Buchfunkausstellung in Leipzig.** Am 28. Mai wurde mit einem festlichen Auftakt in der Aula der Leipziger Universität die Internationale Buchfunkausstellung eröffnet. Die Ausstellung selbst ist im Museum der bildenden Künste am Augustusplatz untergebracht. Sie bietet eine großartige Übersicht des buchfunktivistischen und buchgraphischen Schaffens in den an dieser Ausstellung beteiligten 20 Staaten. Alle Länder haben ganz offensichtlich Wert darauf gesetzt, mit Spitzenleistungen ihrer namhaftesten Buchkünstler in Leipzig vertreten zu sein. So bietet sich für jeden Interessierten jetzt zum ersten Male wieder seit der denkwürdigen „Bugra“ von 1914 eine Vergleichsmöglichkeit der nationalen Schöpfungen auf buchgewerblichem Gebiet, insbesondere auch in den nach 1918 neu entstandenen Staaten. Neben diesem Einblick in das künstlerische Buchschaffen der verschiedenen Völker ist es weiter von Interesse, zu beobachten, welche Wege in den einzelnen Ländern gegangen werden zur Erfüllung der heute aktuell gemordenen Forderung, das gute Buch billig und dabei doch künstlerisch einwandfrei zu gestalten. Wir gedenken auf die Leipziger Buchfunkausstellung noch zurückzukommen, deren Dauer auf vier Monate (Juni bis September) berechnet ist und die täglich von 10 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends besichtigt werden kann.

**Gekunstaltung in der Deutschen Bäckerei.** Aus Anlaß der am 28. Mai erfolgten Eröffnung der Internationalen Buchfunkausstellung in Leipzig hat die Deutsche Bäckerei eine Festausstellung veranstaltet, die das Thema behandelte: „Der deutsche Buchtitel von der Frühdruckzeit bis zur Gegenwart“. Die Ausstellung hat sich die Aufgabe gestellt, an Hand auserselbener Beispiele zu zeigen, wie sich in der Frühzeit der Titel allmählich vom Text löst, selbständige Form annimmt und im Laufe der Zeit eine reiche, von mannigfachen Strömungen beeinflusste Entwicklung durchmacht, bis er seine heutige Gestalt findet. Das Material für die Ausstellung ist zur Hauptsache den wertvollen Schätzen des Deutschen Museums für Buch und Schrift und den Beständen der Deutschen Bäckerei entnommen; außerdem stellten die Bibliothek des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler, das Geschäftsarchiv von Breitkopf & Härtel und Privatpersonen aus ihren Sammlungen Güter zur Verfügung. Die Ausstellung wurde am 29. Mai eröffnet. Sie bleibt in den letzten Tagen des Mai und den ganzen Juni hindurch Sonntags von 12 bis 16 Uhr und wochentags von 8 bis 22 Uhr geöffnet und ist während dieser Zeit den Besuchern der Deutschen Bäckerei wie fremden Personen kostenlos zugänglich.

**Ausstellung der Leipziger Universitätsbibliothek.** Anlässlich der Internationalen Buchfunkausstellung in Leipzig veranstaltete auch die dortige berühmte Universitätsbibliothek eine Sonderausstellung. Sie zeigt aus ihren eigenen reichen Schätzen eine kleine Auswahl von einigen hundert Werken vorbildlicher Buchkunst des 15. bis 19. Jahrhunderts, an der sich die Entwicklung der Typenformen, des Druckverfahrens, der Illustration und des Buchschmucks, wie er sich im Titel, in Zierbuchstaben, Randfeldern, Bignetten, Signeten zeigt, verfolgen läßt. Die Ausstellung ist bis Ende August wochentags von 11 bis 1 Uhr unentgeltlich geöffnet. Führungen finden jeden zweiten und vierten Sonntag des Juni, Juli und August um 12 Uhr statt.

**Zur Steuerfreiheit der Nachdienstzulagen.** Durch Rundschreiben des Reichsfinanzministeriums vom 14. September 1926, dessen Wortlaut wir feinerzeit mitteilen, ist bekanntlich verfügt worden, daß Nachdienstzulagen unter bestimmten Voraussetzungen steuerfrei bleiben. Unter Bezugnahme auf diese Verfügung haben sich Kollegen an verschiedenen Orten an ihre zuständigen Finanzämter gewandt mit dem Antrage, die Verfügung rückwirkend für das Jahr 1926 in Geltung zu setzen. Von einigen Finanzämtern wurden diese Anträge nicht direkt abgewiesen, sondern man bedeutete den

Antragstellern, daß es dazu erst bestimmter Anweisungen durch das Reichsfinanzministerium bedürfe. Um der Herausgabe derartiger genereller Anweisungen an die Finanzämter zu bewirken, wandte ich unser Verbandsvorstand mit einer entsprechenden Eingabe am 14. April d. J. an den Reichsfinanzminister. Daraufhin ging von diesem am 20. Mai folgender ab E. S. H. N. d. B. Bescheid ein: „Nach § 36 Absatz 2 Nr. 2 des Einkommensteuergesetzes dürfen Nachdienstzulagen als Dienstkaufverwehrensbeiträge nur steuerfrei bleiben, wenn die dort bezeichneten besonderen Voraussetzungen erfüllt sind. Es müßte also an sich in jedem Falle nicht nur geprüft werden, ob eine Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer darüber vorliegt, für welche Art von Aufwendungen die Nachdienstzulagen gewährt werden, sondern weiterhin müßte der Arbeitnehmer dem Arbeitgeber die Aufwendungen auch nachweisen, oder es müßte unzweifelhaft sein, daß Aufwendungen in Höhe des Betrages, der steuerfrei bleiben soll, offenbar entstehen. Im Interesse der Vereinfachung habe ich in meinen Rundschreiben vom 14. September 1926 — III c 5400 — und vom 27. Dezember 1926 — III c 10 050 — bestimmt, daß Nachdienstzulagen bis zu einem bestimmten Betrage ohne weiteres, also ohne Prüfung der Voraussetzungen des § 36 Absatz 2 Nr. 2 des Einkommensteuergesetzes im einzelnen Fall, steuerfrei bleiben dürfen. Die Regelung hat zur Folge, daß die Vergütigungen der genannten Erlasse in vielen Fällen auch solchen Steuerpflichtigen zugute kommen, bei denen die Voraussetzungen des § 36 nicht unzweifelhaft vorliegen, bei denen insbesondere die als steuerfrei zugelassenen Höchstbeträge die tatsächlichen Aufwendungen übersteigen, während im umgekehrten Fall der Nachweis höherer Aufwendungen nach wie vorzulegen ist. Auch in der Vergangenheit werden die Aufwendungen in vielen Fällen niedriger gewesen sein, als der jetzt zugelassene Höchstbetrag beträgt. Daher erscheint eine allgemeine Erstattung der von den Nachdienstzulagen einbehaltenen Beträge für die Vergangenheit nicht gerechtfertigt. Ich behauere daher, Ihren Anträge nicht entsprechen zu können.“

**Der Reichsarbeitsminister über die Pressehefte gegen die Krankenkassen.** Die auch von uns verschiedentlich erwähnten Angriffe gegen die Krankenkassen in letzter Zeit, wie sie in einem Teil der Tagespresse zu finden waren, entbehrten fast ausnahmslos jeder Sachlichkeit. Von einer Kritik an den Trägern der Sozialversicherung konnte keine Rede mehr sein, da die ausgeführten Behauptungen und das gedruckte Zahlenmaterial unrichtig und so aufgebaut waren, daß aus ihm schwere Anschuldigungen gegen die Krankenkassen entstanden. Mit dieser neuen Pressekampagne wurde auch versucht, den Reichsarbeitsminister für Maßnahmen gegen die Krankenkassen zu gewinnen. Der Minister hat nunmehr in einem Schreiben den Landesregierungen folgendes mitgeteilt: „In der letzten Zeit mehrten sich in der Tagespresse und in Fachzeitschriften die Angriffe gegen die Geschäftsführung der Krankenkassen, insbesondere der Ortskrankenkassen, in auffälliger Weise. Neben Vorwürfen allgemeiner Art werden bestimmte Behauptungen über angebliche Mißwirtschaft bei den Krankenkassen der Öffentlichkeit mitgeteilt. Dieses offenbar planvolle Vorgehen erheischt erstens Beachtung seitens der Aufsichtsbehörden der Krankenkassen. Wenn auch in vielen Fällen der Zweck des Vorgehens offen zutage liegt, so darf dies doch nicht davon abhalten, allen bestimmt gehaltenen Vorwürfen sorgfältig nachzugehen und auf die Abstellung wirklicher Mängel zu dringen. Im übrigen erfordert aber das Ansehen sowohl der Krankenversicherung wie der Aufsichtsbehörden, daß unberechtigte Angriffe je nach Lage des Falles auch öffentlich zurückgewiesen und die tatsächlichen Verhältnisse, soweit möglich, zur Kenntnis der Öffentlichkeit gebracht werden. Ich möchte nicht verfehlen, die Aufmerksamkeit der Landesregierungen hierauf zu lenken, und darf es Ihrem Ermessen anheimstellen, die Aufsichtsbehörden in geeigneter Weise zu verständigen.“ Es ist erfreulich, daß man auch im Reichsarbeitsministerium erkennt, welchen Zielen die Pressehefte dient, und die Aufsichtsbehörden auffordert, sich der Krankenkassen anzunehmen. Hoffentlich werden die Versicherungsämter den Ermahnungen des Ministers folgen. Daß Mißstände, wo sie tatsächlich vorhanden sind, abgestellt werden müssen, ist selbstverständlich. Mißwille haben in dieser Beziehung die Aufsichtsbehörden glücklicherweise nicht zu tun gehabt, und auch in der Zukunft dürfte sich in dieser Beziehung nichts ändern.

### Patentschau

Zusammengestellt vom Patentingenieur Gustav Weber Hamburg, Holstenwall 8, welcher den Lesern unseres Blattes Auskunft und Rat in allen Angelegenheiten des gewerblichen Rechtsschutzes sowie der Bewertung von Schutztiteln bereitwillig erteilt.

- Einkunftsbesitz für Patentanmeldungen: 3 Monate nach Veröffentlichung.
- Patentanmeldungen**  
(veröffentlicht im „Patentblatt“) vom 12. Mai 1927:
- Nr. 15n 57 871 Merzenthaler Sebmachmaschinenfabrik G. m. b. H., Berlin N 4, Chausseestraße 25, „Matrikelnummer“ und „Patentnummer“ mit einem oder mehreren, um zwei seitliche Zapfen lösbaren Magneten.
  - Nr. 15c 446 446 Dr. Ing. August Bruch Gropman, Bafte Street, N. E. 37, Verdringung von Wasser und Zerstören von vorbestimmten Stereotypen.
- Patententzerrungen:**
- Nr. 15n 444 078 Merzenthaler Sebmachmaschinenfabrik G. m. b. H., Berlin N 4, Chausseestraße 25, „Matrikelnummer“ und „Patentnummer“ mit einem oder mehreren, um zwei seitliche Zapfen lösbaren Magneten.
  - Nr. 15n 444 801 Standard-Sonnoffort G. m. b. H., Berlin W 9, Reichener Straße 10, „Matrikelnummer“ für „Matrikelnummer“ und „Patentnummer“ bei dem der abwärts in die Wechsellager gehende Wechsellager durch Auslösung einer Synchronvorrichtung den Wechsellager in die Wechsellagerstellung überführt.
  - Nr. 15d 445 023 „Johann“ „Dorn“, Dresden, Friedrich-Wilhelm-Straße 74, „Matrikelnummer“ für „Matrikelnummer“ und „Patentnummer“ zur Herstellung von unmittelbaren und mittelbarem Druck.
- Gewerksammler:**
- Nr. 15d 489 451 Alfred Schilling, Berlin N 4, Chausseestr. 22, „Matrikelnummer“ für „Druckereier“.
  - Nr. 15d 489 490 W. Walter Mebel, Leipzig-O 1, Parkstraße 12, „Matrikelnummer“ für „Druckereier“.

Briefkasten

H. G. in G.; Die Notiz in Nr. 41 galt Ihnen, erhielt im ...

Pflicht aller auf die Reise gehenden Mitglieder ist es, sich vor ...

Stattfindarten einleiden!

Späterster Einlieferungsstermin für Mai 7. Juni. ...

Verz. Das Mitteil Kurt Strich (Hauptbuchnummer ...

Adressenveränderungen

Verz. (Dr. Vejar und Schickmann) Zuschriften sind wieder ...

Zur Aufnahme gemeldet

(Einsendungen innerhalb 14 Tagen an die befehligte Adresse): ...

Reise- und Arbeitslosenunterstützung

Kampferwaltung. Die auf die Reise gehenden jungen Kollegen ...

Verbandsnachrichten

Mitglieder, die auf die Reise gehen, müssen im Besitz einer ...

Anzeigengebühren: die siebensepaltige Nonpareillezeile 20 Pfennige ...

Anzeigen

Annahmeschluss: Montag und Donnerstag früh für die jeweilig nächst ...

Erster Mitteldeutscher Korrektorentag in Dessau, am 5. und 6. Juni (Pfingsten) 1927

Internationale Buchkunstausstellung Leipzig 1927

Vertreter gesucht für das Buchdruckerwesen

Hugo Herold

25 Jahre Jossener Ortsverein

Flotte Seher

Süchtiger Monotypsetzer

Mag Lehmann

George Claas

Johannisfestdruckfachen-Austausch 1927

Linotypsetzer

MUSIK Instrumente

Wilhelm Hempel

Franz Schmamm

Verein Leipziger Drucker

Typographsetzer

Linolschnitt

Julius Müller

Otto Dehmig